



QUERGEDACHT
DI DR. KLAUS WOLTRON

DAS JAHR DER ABRECHNUNG

Der Herr Bundespräsident wendet sich mit seiner holden Warnung an die Falschen: Nicht die Wähler, sondern die Politiker mögen sich den Tag nach der Wahl ausmalen. Das hier wären die Themen.

Unsere kleines Land ist ein Spielball der Weltpolitik. Wir werden vom Dröhnen der Tritte der Großmächte erschreckt. Das wurde zum Jahreswechsel ausführlich, teils mit beflissenem Optimismus, kommentiert. Wenn Bilanz gezogen wird, werden einander Optimisten und Pessimisten treffen: 2024 wählt die ganze Welt.

Hierzulande präsentieren die Bürger der Obrigkeit die Zeugnisse für drei miserable Jahre. Der Herr Bundespräsident spendete vollmundig den Rat: „Ich bitte Sie, auch den Wahlmontag im Auge zu behalten!“ Er wendet sich an die Falschen: Nicht die Wähler, sondern die Politiker mögen sich ausmalen, was ihnen am „Day after“ blüht. *(Der gleichnamige Film befasste sich 1983 mit den Folgen des Atomkriegs.)*

POLITISCHE SCHEINAKTIONEN VERÄRGERN DIE MENSCHEN

Die Zuwanderung setzt den Österreichern am stärksten zu. Das Gefühl, in einem zunehmend fremden Land zu leben, ist allgegenwärtig. Der Gaza-Konflikt verursacht zusätzlich eine Sturmflut von importiertem Antisemi-

FRÜHER SPALTETE DIE
ZUWANDERUNG DIE BÜRGER:
JETZT EINT SIE DIESE UND
MANÖVRIERT DIE RECHTEN
IN DIE MITTE.

tismus. Früher spaltete die Zuwanderungsfrage die Bevölkerung: Jetzt eint sie die Bürger und manövriert Rechtsaußen in die gesellschaftliche Mitte.

Das Klimathema bewegt sich in die Gegenrichtung: Es verliert den einigenden Charakter, nicht zuletzt wegen der aberwitzigen Klebefanatiker.

ABZOCKE UND GÖNNERHAFTE GELDGESCHENKE TREIBEN DIE INFLATION

CO₂-Steuern, ausufernde Strom-, Gas- & Treibstoffpreise und Inflation lösen einander in einem Ringelspiel mit dem Energiekostenausgleich, der Lohn-Preis-Sicherungsklausel etc. ab. Dies treibt die Inflation und muss letztendlich vom Bürger berappt werden.

Die Geldkatze beißt sich in ihren schütterten Schwanz. 35 Millionen der Steuerzahler spendete die Umweltministerin in Dubai „für den globalen Süden“ – um 7 Mio. mehr, als bei „Licht ins Dunkel“ mühsam für unsere Bedürftigen zusammengekratzt wurde.

Ein Konkurs-Tsunami, verursacht durch einen Finanzjongleur, beraten von einem abgehalfterten SPÖ-Kanzler, der zum Multimillionär gedieh, schwappt durchs Land. Die Folgen werden uns ungut überraschen.

OFFENE SCHMIERGELD- DIPLOMATIE IN DER EU

In der EU regiert Schmiergeld-Diplomatie: Viktor Orbán boy-

kottierte die Ukraine-Beitrittsverhandlungen, änderte aber nach einer milden Gabe von 10 Milliarden Euro seine Meinung und verzichtete auf seine Gegenstimme. Der Basar zu Brüssel leistete den Offenbarungseid.

UKRAINE: WEITER ZAHLEN FÜR EINEN AUSSICHTSLOSEN KRIEG

Vor Jahresfrist beeilte sich die westliche Welt bei der Anfeuerung der Ukraine, Russland zu besiegen. Zweifelnde wurden als Putin-Trolle gezeißelt: Ich erinnere mich.

Mittlerweile sind weitere Zigtausende umgekommen, das Land liegt in Trümmern, der tagtäglich beschworene Sieg landete im Reich der Träume. Jeder minimale Erfolg wird lautstark vermarktet, mit dem Ziel, die erlahmende Begeisterung des Westens neu zu beflügeln.

Der EU-Außenbeauftragte Borrell forderte, Brüssel möge Kiew weitere 70 Milliarden auf Pump als Militär- und Budgethilfe überweisen.

Unser Bundeskanzler im EU-Kanon zur Ukraine: „Sie sorgt dafür, dass die russische Armee nicht näher an die österreichische Grenze rückt.“

Man kann es auch umgekehrt sehen: Die Interessen der NATO rückten vorher um Tausende Kilometer näher an die russische Grenze heran. Die Angst vor Ausweitungen des Kriegs auf Europa wird geschürt, aber: Russland wird kein NATO-Land angreifen. Dies würde einen Atomkrieg bedeuten.

ANGESICHTS
ALL DIESER
ERSCHÜTTERUNGEN
WIDMEN SICH UNSERE
PARLAMETARIER
IN DIVERSEN
U-AUSSCHÜSSEN
UNVERDROSSEN
DEM NICHT MEHR
ÄNDERBAREN:
DER VERGANGENHEIT.



Washington zieht sich zurück und zweifelt an seiner nicht mehr finanzierbaren Weltbeherrschungsstrategie. Die Ukraine muss weiter Soldaten rekrutieren, die Waffenindustrie sackt enorme Profite ein. Europa zahlt und bleibt auf einem gigantischen Scherbenhaufen sitzen.

Was läuft falsch, dass der auf moralisierender Selbstüberschätzung aufgebaute Thron des Westens wankt? Hilft weiterhin nur pure Gewalt, oder muss er besser, schneller, fleißiger, kreativer werden, um mit den aufstrebenden Nationen mitzuhalten? Sollte er sich nicht noch andere Optionen eröffnen statt jener zur NATO und wankenden US-Weltbeherrschung – als Pudel der stagnierenden USA? Wohin die Weltgeschichte läuft, wird sich heuer deutlich abzeichnen.

Angesichts all dieser Erschütterungen widmen sich unsere Parlamentarier in diversen U-Ausschüssen unverdrossen dem

nicht mehr Änderbaren: der Vergangenheit. Die Fertigstellung des Beißkorbs vor Wahlen wird durch durchtriebenes Streicheln des Bürgers mit Versprechungen und Almosen versucht – diesmal aber vergebens.

Wen kann man wählen, mit der Chance, sich „am Tag danach“ besser zu fühlen? Das Menü ist wenig appetitlich.

▷ ÖVP: Angekettet im Gefängnis des „Besten aus beiden Welten“, gebeutel von Affären, verfolgt von Justiz und Missmut. Wer wird es besser machen?

▷ SPÖ: Mit dem Retour-Piloten Babler zurück zu Marx und Engels, gewürzt mit dem üblen Geruch eines ehemaligen SPÖ-Kanzlers, der zum steinreichen Zocker mutierte?

▷ FPÖ: Schreckgespenst vom Dienst. Löst unverzüglich alle Probleme, bisher freilich nur mit Worten. Welche Taten würde man beim vierten Koalitionsanlauf sehen?

ANSPRACHE.
Der Herr Bundespräsident wird ehrfurchtsvoll ersucht, seine Mahnungen breiter zu streuen.

▷ Grüne: Fundamentalistisch und bevormundend; fehlgehend, was ganzheitliche Lösungen der Energieproblematik anlangt; im Begriff, die Industrie zu strangulieren.

▷ Neos: „Hurra, auf in die NATO, fort mit der Neutralität! Aus Übersee kommt das Heil.“ Wer will das?

▷ Kommunisten: Eine etwas röttere SPÖ. Gute Absichten, die nur in kleinem Maßstab funktionieren.

Das ist die Quadratur der Kreise, vor der man am Wahltag steht. Lösungsvorschläge behalte ich vorläufig für mich: Ich bin Wähler, nicht Kandidat. Letztere haben noch Zeit, sich für den „Tag danach“ zu präsentieren. Nicht den ohnmächtigen Bürger soll man dabei in die Pflicht nehmen: Das Opfer würde als Täter gebrandmarkt. Der Herr Bundespräsident wird ehrfurchtsvoll ersucht, seine Mahnungen breiter zu streuen. ■